

Autor: Frauke Ladleif
Seite: 11

Quellrubrik: Politik

Am Ohr der Macht

Selbst Lobbyisten werben für mehr Transparenz. Solange sie nicht konkret wird

Frauke Ladleif, Berlin

Es gibt 8500 hauptamtlich geführte Interessenverbände in Deutschland. Mehr als die Hälfte davon vertreten ökonomische Interessen, rund 1000 haben ihren Sitz in der Hauptstadt. So steht es in einer neuen Studie der Otto-Brenner-Stiftung. Das Netz von Verbandslobbyisten in Berlin ist eng, ganz zu schweigen von den Unternehmensrepräsentanten, NGOs, Agenturen, Anwaltskanzleien, und Thinktanks. Geregelt ist ihr Kontakt zur Politik immer noch nicht. "Die Zeit ist reif für Regulierung", sagt nun Andreas Krautscheid, früher CDU-Politiker und heute stellvertretender Geschäftsführer des Bankenverbands. Transparenz ist in, findet auch Wolfgang Niedermark, Leiter der Berliner BASF-Repräsentanz. Beide diskutierten am Dienstagabend auf Einladung der Otto-Brenner-Stiftung mit Politikern, Wissenschaftlern und Lobbywächtern über Möglichkeiten, wie der Lobbyismus politisch reguliert werden kann. Einig waren sich alle, dass mehr Transparenz gut täte. Nur: Die Diskussion gibt es seit langem. Politisch aber kommt man nicht vom Fleck. Denn darüber, wie viel Einblick nötig wäre, gehen die Meinungen weit auseinander. "Manifeste Hinweise auf Fehlentwicklungen und Wildwuchs beim Lobbyismus", diagnostiziert die Otto-Brenner-Stiftung. Sie hat eine Studie verfasst zum Einfluss des Lobbyismus speziell auf den Bundestag. Ihr Anspruch: Nicht bloß über Wildwüchse reden, sondern handeln. Im Gepäck hatten die Autoren Andreas Kolbe, Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg eine Marktordnung, die das Verhältnis zwischen Lobby und

Politik in Regeln gießen soll, zum Wohle des Ansehens der Abgeordneten - und der Lobbyisten selbst. Regulierung könne für beide Seiten positiv sein, weil sie so mehr Legitimität zurückgewinnen, schreiben die Autoren der Untersuchung.

Abhilfe soll ein sogenanntes Transparenzregister beim Bundestag leisten. Dort sollen sich Lobbyisten eintragen. Jeder kann dann sehen, von wem der Lobbyist beauftragt ist. Als Gegenleistung erhalten die Lobbyisten einen Hausausweis, werden zu Anhörungen geladen und ihre Stellungnahmen werden veröffentlicht.

Viele Lobbyisten klagen ohnehin darüber, mit den schwarzen Schafen der Branche in einen Topf geworfen zu werden. Sie würden sich gern dort registrieren. "Alles, was wir gegen den schlechten Ruf von Lobbyisten tun können, tun wir auch", sagt BASF-Vertreter Niedermark.

Die Autoren der Marktordnung wollen allerdings mehr als nur Namen: Sie wollen wissen, wie sich die Vorstände zusammensetzen, Finanzierung, Tätigkeitsfelder, Mitgliederzahl - und das verpflichtend. Da werden viele schon skeptischer. "Die Transparenz darf keinen überfordern", sagt etwa Kathrin Zabel von der Deutschen Post.

Christian Lange ist solche Diskussionen gewöhnt. Er sitzt als SPD-Abgeordneter im Ausschuss für innere Angelegenheiten des Bundestages - seit 13 Jahren. Ein einziges Gesetz zur Begrenzung des Lobbyismus hat er in der Zeit erlebt. Seit 2005 müssen Abgeordnete Einkünfte aus Nebentätigkeiten offen legen. Ein verpflichtendes Transparenzregister

würde Lange auch gerne sehen. Das Parlament führte erst dieses Jahr zwei Debatten dazu. Blockiert hat bislang die CDU - und wird es auch weiterhin, wie der parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, Peter Altmaier, deutlich macht. "Es kommt ja darauf an, ob sich der Abgeordnete beeinflussen lässt oder nicht", sagt er. "Ein verpflichtenes Register sagt darüber nichts aus." Der Verweis auf die Urteilskraft des Abgeordneten ist ein beliebtes Argument zur Abwehr restriktiver Regulierungsvorschläge. So sollen laut Brenner-Studie auch sogenannte Leihbeamte verboten werden, also die Möglichkeit, dass Mitarbeiter von Unternehmen an Behörden ausgeliehen, aber extern vom Unternehmen bezahlt werden. Peter Gräf, einst Journalist, jetzt Leiter der Berliner RWE-Repräsentanz, findet das lächerlich: "Die Vorstellung, dass die in den Ministerien Gesetze diktieren, ist realitätsfremd." Am Mittwoch erhielt RWE die Bronzemedaille für Lobbykatie, ein Negativpreis, der vom Verein Lobbycontrol verliehen wird, weil es zwei Mitarbeiterstellen in einem Forschungsprojekt einer Bundesanstalt zu CCS finanziert hat.

Das Fazit der Studienautoren: Transparenz und Verantwortung würden als eine Art Common Sense vorgetragen: "Bei Lichte besehen ist dieser Konsens brüchig, denn längst nicht alle verstehen darunter das Gleiche." Transparenz bedeute für Lobbyisten bloß, sich öffentlich als Interessenvertreter zu bekennen.